

Antrag

der Abgeordneten Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Grigorios Aggelidis, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Karsten Klein, Daniela Kluckert, Carina Konrad, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Dr. Stefan Ruppert, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

PISA-Sofortprogramm – Reformagenda für eine Bildungsnation

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der PISA-Studie 2018, die am 3. Dezember veröffentlicht worden ist, hat Deutschland mal wieder eine Teilnehmerurkunde erhalten. Die Leistungen der Schüler in Deutschland hat sich im Vergleich zur PISA-Studie 2015 in allen Bereichen verschlechtert: in Naturwissenschaften und Mathematik auf das Niveau von 2003, beim Lesen auf den Wert von 2009. Deutschland steckt im Mittelfeld. Die Tendenz geht nach unten.

Deutschland ist weit entfernt von Bildungsvorreitern wie Estland, Finnland oder Japan. Während der europäische Spitzenreiter Estland im Bereich der Lesekompetenz – die auch die digitale Lesekompetenz umfasste – einen Durchschnittswert von 523 Punkten erreichte, landete Deutschland mit 498 Punkten auf Platz 15. Die Quittung zahlen jeden Tag die 11 Millionen Schülerinnen und Schüler in Deutschland.

Doch es sind nicht allein die schulischen Leistungen, die Grund zur Sorge geben. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler liegt in Deutschland nach wie vor deutlich über dem OECD-Schnitt. Im Bereich des Leseverständnisses spielt die Herkunft 2018 sogar eine größere Rolle als noch 2009. 20 Prozent der deutschen Schüler erreichen nur ein sehr geringes Leistungsniveau. Fast jedes dritte Kind, das nicht auf ein Gymnasium geht, ist leseschwach. Die Studienautoren sprechen selbst von einem „besorgniserregenden Befund“.

PISA 2018 zeigt: Die deutsche Bildungslandschaft ist aus der Zeit gefallen. Wir leisten uns 16 verschiedenste Schulsysteme, aber stellen nicht sicher, dass die Schulbildung deutschlandweit höchste Qualität hat. Bayern steht nicht in Konkurrenz zu Bremen. Deutschland steht in Konkurrenz mit Asien oder Nordamerika und muss sich als Gesamtstaat an der Weltspitze orientieren. Bundesbildungsministerin Karliczek muss sich vorhalten lassen, das kleinkarierte Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern nicht beendet zu haben. Mit ihrer Absage an den Nationalen Bildungsrat sabotieren Bayern und Baden-Württemberg zuletzt die Bemühungen um gleiche Bildungschancen überall in Deutschland. Es darf nicht länger eine Zumutung für Familien mit schulpflichtigen Kindern sein, von einem Bundesland in ein anderes umzuziehen. Die Schülerinnen und Schüler verdienen weltbeste und vergleichbare Bildung – unabhängig vom Wohnort. Daher braucht Deutschland ein Kooperationsgebot statt eines -verbots. Der nächste Schritt muss die Abschaffung des paradoxen Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern sein. Bund und Länder sollten endlich verfassungsrechtlich gemeinsam bundesweit einheitliche Bildungsstandards vereinbaren und deren Zielerreichung gestalten können.

Deutschland kann von den PISA-Siegern lernen, wie weltbeste Bildung erreicht werden kann. In Singapur gibt es transparente Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrer. In Kanada können sich Lehrer mindestens 40 Tage im Jahr fortbilden. In Japan hospitieren Lehrer im Unterricht und geben Feedback über den Lernerfolg der Schüler. In Estland wird ab 2020 mit digitalen Lehrbüchern unterrichtet, damit Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden können.

Um bis zum nächsten PISA-Test zur Weltspitze und den PISA-Siegern aufzuschließen, braucht Deutschland ein PISA-Sofortprogramm.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 1. eine Strategie zu entwickeln, wie der Anteil der Bildungsinvestitionen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) so angehoben werden kann, dass Deutschland unter den TOP 5 der OECD-Staaten liegt. Aktuell bewegt sich Deutschland nur im Durchschnitt;
 2. die frühkindliche Bildung in Deutschland zu stärken. Sie legt die Grundlage für die weitere Bildungskarriere und ermöglicht auch denjenigen Kindern einen guten Start, denen Unterstützung aus dem Elternhaus aus verschiedenen Gründen fehlt. Oberstes Ziel bei der Unterstützung der frühkindlichen Bildung muss die Stärkung der Qualität der frühkindlichen Bildung sein. Es braucht bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für Kindertageseinrichtungen, die für gleiche Bildungschancen und für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen. In den Kindertagesstätten fehlen tausende Erzieherinnen und Erzieher. Der Beruf muss durch die Abschaffung des Schulgelds für die Erzieherausbildung, mehr Aufstiegschancen und bessere Vergütungsmodelle attraktiver werden. Nur so gelingt eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas;
 3. einen zweiten Digitalpakt mit den Ländern zu verhandeln und zu unterzeichnen, der über die Investitionen in die technische Infrastruktur aus dem beschlossenen Digitalpakt hinausgeht. Der Digitalpakt 2.0 soll die Schulen bei der Einstellung von IT-Administratoren unterstützen, die die Technik warten, und bei der Einstellung von edTech-Coaches, die die Lehrkräfte dabei unterstützen, Medienkonzepte zu entwickeln, digitale Hilfsmittel auszuwählen und einzusetzen. Er soll darüber hinaus die Entwicklung von Datenschutzstandards fördern, die einen rechtssicheren und datenschutzkonformen Einsatz von digitalen Schulbüchern ermöglichen. In der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung soll der Digitalpakt 2.0 die Schulung von Lehrkräften über den Einsatz digitaler Methoden und Lernmittel fördern;

4. zusammen mit den Ländern die Attraktivität der MINT-Fächer in den Schulen zu steigern. In den Schulen sollen MINT-Labore auf dem neuesten Stand der Technik eingerichtet werden. Entsprechend fortgebildete Lehrerinnen und Lehrer sollen mehr Schülerinnen und Schüler für die MINT-Fächer begeistern. In diesen Laboren können auch neue Technologien wie zum Beispiel die Holographie oder Virtual und Augmented Reality in den Schulalltag integriert werden. Zudem sollen für die MINT-Fächer durch Bund und Länder ambitionierte Standards entwickelt und durchgesetzt werden, um für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Die Finanzierung der geforderten Maßnahmen soll im Rahmen der für den MINT-Aktionsplan der Bundesregierung vorgesehenen Mittel erfolgen;
5. gemeinsam mit den Ländern ein Konzept zur Reform der Lehrerbildung zu entwickeln und vorzulegen, um die Lehrerbildung insgesamt flexibler, praxisnah und zukunftsfähig zu gestalten. Hierzu zählt u. a. auch, dass Digitalkompetenzen sowie digitale Lern- und Lehrmethoden fester Bestandteil der Lehrerbildung werden müssen;
6. gemeinsam mit den Ländern eine Deutsche Lehrerakademie einzurichten, die nach dem Konzept der Stiftung Haus der kleinen Forscher deutschlandweit Lehrerfortbildungen entwickelt und anbietet, die auf den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren;
7. gemeinsam mit den Ländern das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) zu einer nationalen Einrichtung für Bildungsinnovationen und Qualitätssicherung auszubauen. Bund und Länder sollten gemeinsam die Verantwortung für eine solche nationale Einrichtung tragen, etwa um neue Chancen in der Bildungspolitik evidenzbasiert zu nutzen. Das unabhängige IQB kann dann anspruchsvolle Standards für weitere Schulfächer entwickeln, die bestehenden zukunftsfähig machen, verbindlich evaluieren sowie die Aufgaben für die bundesweiten Abschlussprüfungen konzipieren. Die nationale Einrichtung sollte als beratender Thinktank für die Bildungspolitik agieren und muss daher mit ausreichend – auch international besetzten – Forschungsstellen besetzt werden;
8. gemeinsam mit den Ländern ein Institut für beste Schulpraxis einzurichten, welches eine Brücke zwischen Bildungsforschung und Schulpraxis baut. Diese von Ländern und Bund gemeinsam getragene, zentrale Wissenstransferstelle für Bildung sammelt, sichtet und bewertet alle weltweit vorhandenen Studien, um auch von internationalen Erfahrungen anderer Länder und Studien zu lernen. Erklärte Ziele sollten sein, die Attraktivität des Lehrerberufs zu steigern, die Schulpraxis effizienter zu gestalten, Theorie und Praxis zu verzahnen sowie gute Praxisbeispiele aus der ganzen Welt zu sammeln. Die Erkenntnisse sollten für die tägliche Schulpraxis in verständliche Handreichungen übersetzt werden;
9. dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die verfassungsrechtliche Grundlage für einen modernen Bildungsföderalismus zu schaffen. Über einen geänderten Artikel 91b Absatz 2 GG ist dafür Sorge zu tragen, dass Bund und Länder auf Grund von Vereinbarungen zur Sicherstellung der Qualität, der Leistungsfähigkeit und der Weiterentwicklung des Bildungswesens zusammenwirken können. Dies muss auch für die Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im nationalen und internationalen Vergleich und bei diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen gelten.

- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zur Einwirkung auf die Länder auf, um
1. bundesweit einheitliche, hochwertige und verbindliche Bildungsstandards für alle Fächer des Hauptschulabschlusses, der Mittleren Reife und des Abiturs zu entwickeln, zu monitoren und zu evaluieren. Diese Bildungsstandards müssen wettbewerbsfähig gegenüber Nordamerika und Asien sein. Die Länder sollten die Bildungsstandards für die Primarstufe konsequent weiter entwickeln;
 2. bundesweite Abschlussprüfungen für den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife und das Abitur in allen zentralen Fächern einzuführen. Ein erster Schritt sollte die zeitnahe Einführung bundesweiter Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife in den Hauptfächern und Naturwissenschaften sowie ein bundesweites Kernabitur in Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch sein. In diesen Fächern gibt es bereits die erforderlichen Bildungsstandards;
 3. harmonisierte Zulassungsvoraussetzungen zur Abiturprüfung, die wissenschaftliche Begleitung und die Veröffentlichung der länderspezifischen Prüfungsergebnisse zu vereinbaren;
 4. ein Konzept zu entwickeln, um die Attraktivität des Lehrerberufes zu steigern. Das Konzept sollte einen verpflichtenden Anspruch auf Weiterbildung und die Belohnung von Engagement umfassen, etwa indem Lehrkräfte nicht mehr automatisch in höhere Erfahrungsstufen vorrücken, sondern abhängig von einer bestimmten Anzahl an Fortbildungen und hoher Unterrichtsqualität. Lehrkräfte, die sich mehr engagieren, sollten auch besser gestellt sein.

Berlin, den 10. Dezember 2019

Christian Lindner und Fraktion